

# Wirtschaftswelt

## Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar die Freitags-, die Donnerstags- und die Samstag-Ausgabe. Die Druckerei befindet sich in Halle am Markt 24. Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Druckerei, Halle a. S., Markt 24. Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Druckerei, Halle a. S., Markt 24. Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Druckerei, Halle a. S., Markt 24.

Verlags- und Druckerei: Halle a. S., Markt 24. Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Druckerei, Halle a. S., Markt 24. Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Druckerei, Halle a. S., Markt 24.

### Rathenau über Genua.

**Erörterung der Weltkrise. — Das erste Glied in der Kette der Konferenzen. — Reparationszahlungen und Wechselkurs. — Versailles unterbindet den Kredit. — Keine Hilfe für Europa ohne Amerika.**

#### Hauptansatz des Reichstags.

Der Hauptansatz des Reichstages letzte am Dienstag die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Auswärtigen fort. Minister Dr. Rathenau benutzte die Gelegenheit zu einer umfangreichen außenpolitischen Rede. Er erörterte zunächst die verschiedenen Aufstellungen, die in Deutschland über das Reparationsproblem bestehen. Die katastrophalen politischen Folgen der Forderung, daß man Widerstand gegen die Reparationsforderungen leisten müsse, andere wiederum vertreten die Auffassung, daß man zwar bis zu einem gewissen Grade sich dem Problem der Reparationen nähern, aber immer und mit aller Offenheit erklären müsse, daß die Forderungen völlig unerfüllbar seien und daß es seinen Zweck habe, ihre Erfüllung überhaupt in Erwägung zu ziehen.

Rathenau lehnte diese Aufassung als eine positive mangelnde der Weltkrise ab und betonte sich zu der Auffassung, daß durch die deutsche Unterwerfung eine Verpflichtung zur Erfüllung der Reparation übernommen worden sei. Die Reichsregierung habe auf diesen Standpunkt gehalten und sich deshalb bereit erklärt, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. Der Minister hat weiter darauf seine inoffizielle frühere Reichstagsrede über das Reparationsproblem zu sprechen. Er habe in dieser Rede nur erklärt, daß das Maß der Erfüllung gegeben sei durch die Frage, wie weit man ein Volk in Not geraten lassen dürfe. Dieses Wort „dürfe“ unterstreicht er auch heute noch, denn es enthalte die sittliche Verpflichtung, nur bis zu dem Punkte zu gehen, den der Staatsmann verantworten könne. Die Erklärung habe gezeigt, daß die Fragestellung „Möglichkeit oder Unmöglichkeit“ der Erfüllung überhaupt nicht ausschlaggebend sei. Ziel bedeutender sei die Frage, wie weit eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt für die übrigen Völker erträglich sei, läßt sich die auf den Weltmarkt gebrachte Zwangsarbeit eines Landes dahin, alle Märkte der Welt zu zerstören. Wirtschaftlich habe sich das Vorhaben der Restrukturierung als richtig erwiesen. Die Aufgaben hätten allen Ländern gestellt, daß man das Reparationsproblem logisch nicht neu formulieren müsse. Praktisch habe diese Restrukturierung als erste Etappe nach Versailles durchgeführt. In Versailles handelte es sich darum, Möglichkeiten zu finden, um überhaupt dem Reparationsproblem eine Unterlage für die Durchführbarkeit zu geben. Der Wiesbadener Besprechung sei das Ergebnis von Cannes gefolgt, das auch kein negatives gewesen sei, da dort die Konferenzen von Genua beschlossen wurden. Er sei nie der Überzeugung gewesen, daß in Genua, wo viele nicht am Friedensvertrag beteiligte Nationen anwesend sein würden, das Reparationsproblem und der Versailles Vertrag zur Beschlußfassung hätten unterbreitet werden können. Dafür sei Genua niemals der Ort gewesen. Wohl aber würden auf alle Fälle die allgem. Ursachen der Weltkrise durch die Reparation und die Wege zur Gesundung des ganzen Kontinents gelöst werden. Genua sei praktisch vermutlich nur das erste Glied einer Serie von Konferenzen, die voraussichtlich dieses und das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden. Die schwere Zerrüttung der Weltwirtschaft könne nur in einem langsamen Seilungsprozess, nicht auf einer einzelnen Konferenz, zur Gesundung gebracht werden. Es gäbe aber zuerst keinen anderen Weg als den der Konferenzen, bei denen durch mündliche Verhandlungen und durch persönlichen Kontakt immer noch mehr erreicht werde als durch Notenwechsel. Das Reparationsproblem werde durch die Reparationskommission zu einer prozessorischen Klärung gebracht werden, da dem Goldbedarf der Ententeleistungen die mangelnde Zahlungskraft Deutschlands gegenüberstehe. Die bisherigen Defizitangaben hätten den deutschen Wechselkurs ungünstig beeinflusst. Man dürfe jedoch nicht die deutsche Leistungsfähigkeit in Zahlungen direkt ihr Maß finde in der Bewertung des Dollars. Das sei nur möglich, wenn das Teilproblem der Reparation mit dem großen Problem der allgemeinen Weltverschuldung gelöst werde. Dies sei ohne die Hilfe Amerikas nicht möglich. Eher könne man in Deutschland nicht daran denken, bei europäischen oder außer-europäischen Ländern Anleihen aufzunehmen zur Befriedigung der deutschen Gläubiger.

Der Aufnahme von Krediten stehe, so betonte Dr. Rathenau, ganz und gar allem der Versailles Vertrag.

im Wege. Das habe klar und deutlich die Bank von England auf eine diesbezügliche deutsche Anfrage ausgesprochen. Gerade dadurch, daß die Schuld in Form einer internationalen Anleihe auf diese Weise verteilt werde, und so nicht ein einzelner Gläubiger behände, werde es leichter, sie zu tragen. Auch gebe die Form der Schuld direkt an den Nachbar, der eines Teils, der den Weltfrieden nicht gerade fördert. Da nur Genua der Förderung der Weltfriedens dienen werde, hänge im wesentlichen von dem Verhalten Amerikas ab. Amerika habe durch sein Eintreten den Krieg entschieden und ebenfalls durch sein Eintreten den Frieden. Es könne durch seinen Eintritt in die Probleme der Weltverschuldung die Klärung der Weltverschuldung in wirtschaftlichen und friedensgerichteten Wege entscheiden.

Hoffentlich seien in Amerika die Kräfte, die Europa nicht zugrunde gehen lassen wollen, stark genug, um die älteste und stärkste Zivilisationsquelle der Welt zu erhalten. Die Abneigung Amerikas, sich mit den geschiedenen europäischen Verhältnissen zu befassen, müsse verstanden, da auch materielle Interessen Amerikas auf dem Spiel ständen. Er hoffe, daß in Genua der Boden für die sachliche Erörterung der wirtschaftlichen Grundprobleme vorbereitet werden könne. Wenn wir auch noch weit vom Frieden entfernt seien, so behände doch die Hoffnung, daß der Friede herannahe.

Der Rede Dr. Rathenaus folgte eine längere Aussprache, an der sich beteiligten die Abg. Dr. Hüßig (Dn.), v. Rheinbaben (D. Vol.), Dr. Haas (Dem.), Müller-Granten (Soz.), Raas (Ztr.) Dr. Breitscheid (U. S. P.).

#### Die Beilegung der englischen Krise.

Die innenpolitische Krise in Großbritannien ist nach berühmtem Muster durch ein Kompromiß gelöst worden. Die konservativen Führer haben sich eine Art Vertrauensvotum ausgesprochen, und der Einspruch der Konvention im Unterhause George Younger hat die Zustimmung abgegeben, seinen Kampf gegen den Ministerpräsidenten einstellen zu wollen. Es kann jedoch nicht geleugnet werden, daß ein solches Kompromiß nur einen Notbehelf darstellt. Die liberalen Zeitungen Englands haben darum auch unvorhersehen ihrer Abkühlung beim Ausdruck, daß die Position des Premier für Genua stärker wäre, wenn vorher Neuwahlen vorgenommen würden. Das wird allerdings eine weitere Verschiebung der Konferenz notwendig machen. Darum hilft man sich, wenn nicht alle Anzeichen trügen, mit dem Kompromiß und verschleibt die Wochen.

Wenn Lloyd George auf diese Regelung eingeht, so darf man daraus den Schluss ziehen, daß er sich von Neuwahlen im Augenblick nicht sehr veripricht. Seine Popularität hat ziemlich gelitten, und es müßte in Genua schon besser gehen als man noch allem, was bisher geheißen ist, annehmen darf, wenn seine Position nach der Konferenz besser sein sollte, als jetzt.

#### Lloyd George und Genua.

Der Weltminister Gazette zufolge beabsichtigt Lloyd George, 6 Abg. anzuziehen und dann das Programm der Genuaer Konferenz zu entwerfen, an der er mehr interessiert sei, als sonst jemand.

„Daily Chronicle“ sagt, die europäische Lage dürfe die politische Krise im Sinne einer günstigen Lösung beeinflussen. Der Premierminister sei vor allem mit einem großen Plane für Genua beschäftigt. Seine Kollegen seien darin derselben Ansicht wie er, und fühlten, daß kein anderer Mann diesen Plan mit derselben Geschwindigkeit und Kraft durchführen werde. Die nächsten Tage müßten zeigen, wie weit die unionistischen Führer die unvernünftigen Elemente in der Partei zur Vernunft bringen könnten, um der Regierung ihre Unterstützung von neuem zu sichern, ohne die sie die Geschäfte nicht führen könnte.

#### Die Kombinationen der englischen Presse.

„Daily News“ berichtigt, die politische Krise sei noch nicht beendet. Der Rücktritt Lloyd Georges sei immer noch möglich. Für den Augenblick sei der Premierminister bereit, die Geschäfte weiter zu führen; es bestünde jedoch keine Gewähr, daß er nicht in einer Woche zurücktrete.

„Daily Telegraph“ sagt, der Rücktritt Lloyd Georges bleibe in der Schwebe. Der Premierminister habe beschlossene, nicht unerwägliche zurückzutreten. Es werde also wertvolle Zeit gewonnen, um die Pläne für die Zukunft zu formulieren. Die Entscheidung Lloyd Georges sei nicht erster Art. Es werde nicht daran gezweifelt, daß Lloyd George nach einem Erholungsurlaub nach Genua gehe. Das Blatt glaubt zu wissen, daß auf dem im Laufe des Vorabzuges am letzten Sonntagabend gegebenen Essen die Möglichkeit der Bildung einer nationalen Partei in der Koalition erörtert worden sei. Lloyd George habe seinen Rücktritt für kurze Zeit verschoben. Er wolle an der Genuaer Konferenz teilnehmen, um sie zu einem Erfolge zu führen. Es bestünde allgemeine Klarheit darüber, daß die Koalition als solche keine Neuwahlen überleben könne. Als Ausweg aus der Schwierigkeit werde die Fusion durch Schaffung einer neuen Zentrumspartei vorgeschlagen.

Die „Morning Post“ erklärt, die Ansicht auf die Konferenzen von Genua, für die Lloyd George eine wertvolle Anregung beige einer der Hauptgründe, die ihn dazu veranlaßt hätten, noch nicht zurückzutreten. Das Blatt weiß darauf hin, daß das Britische Lloyd Georges in Genua durch die innenpolitischen Geschicke in England ungünstig beeinflusst werden müßte. Lloyd George hoffe nach der Ansicht der ihm fernliegenden „Morning Post“ aus Genua in sich Gehör gefunden zurückzuführen, daß alle seine Schwierigkeiten im Innlande als nicht vorhanden angesehen werden und daß er von den Konservativen begrüßt und von den widerernstlichen Liberalen als Führer anerkannt werde würde.

### Vor schweren Entscheidungen.

(Von unierem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Nichts kennzeichnet die verzweifelte außenpolitische und innenpolitische Notlage, in der sich Deutschland abzuwenden befindet, deutlicher und schärfer, als die immer aufs neue auftauchenden Krisen und schwerwiegenden Entscheidungen, vor der sich Reichsregierung und Reichstag gestellt sehen. In dieser Woche soll auf dringenden Wunsch des Reichsfinanziers das Steuerkompromiß endlich unter Dach und Fach gebracht werden. Obwohl bei den einzelnen Steuerangelegenheiten noch recht schwierige Beratungen notwendig sind, um in allen Punkten eine vollkommene Einigung der Parteien der Mitte zu erzielen, soll also wieder einmal unter höchstem Druck mit der Uhr in der Hand gearbeitet werden. Gemäß kann man es verstehen, daß der Reichsfinanzler vor den bedeutenden Konferenzen der Finanzminister der Entente, vor den Entscheidungen der Reparationskommission über die Zahlungen Deutschlands im laufenden Jahre und vor den Beratungen der verschiedenen Ministerpräsidenten des Auslandes über Genua möglichst schnell Klarheit und Uebersehbarkeit über den deutschen Reichshaushalt schaffen will. Aber bei der ungeheuren Bedeutung, welche die neue Steuerbefreiung für die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes in sich trägt, ist im gegenwärtigen Augenblick auch dringend notwendig, daß mit ruhiger Sachlichkeit und reiflicher Ueberlegung eine realistische Verständigung unter den Parteien der Mitte des Reichstages zustande kommt, welche allein eine haltbare, dauernde Lösung der Schwierigkeiten sichert. Nun haben zwar die Steuerentscheidungen des Reichstages durch den Ausfall der Plenarberatungen eine halbe Woche ungeklärte Arbeitszeit zugehen erhalten; indessen bleibt es fraglich, ob in diesen drei kurzen Sitzungstagen wirklich alle noch schwebenden Streitfragen gründlich werden gelöst werden können.

Das Schmerzgefühl liegt bei dem Problem der Zwangsanleihe. Sie ist durch das Steuerkompromiß zwar an sich gelöst. Aber die praktische Ausgestaltung des Zwangsanleihegesetzes macht große Schwierigkeiten. Man weiß, daß nach den Plänen der Regierung die Grundlage für die Veranlagung der Zwangsanleihe der Vermögensstand vom 31. Dezember 1922 sein soll, und daß die Befreiung des Vermögens durchschnittlich ungefähr 5 Proz. betragen wird. Der Tarif soll von 1 bis 10 Proz. gestuft werden; 10 Proz. werden bei Vermögen von 5 Millionen Mark und mehr erhoben. Freilich will man die Vermögen bis etwa 250 000 Mk. und die Einkommen, die weniger als 30 000 Mark betragen. Ueber alle diese Vorschläge will sich reden und verhältnismäßig leicht eine Verständigung erzielen lassen. Dagegen wird die Sache schon schwieriger, wenn es sich darum handelt, die Zwangsanleihe noch im Laufe dieses Jahres einzuziehen. Die Sozialdemokratie verlangt bestmöglichst aus nachrückliche, daß noch im laufenden Jahre 1922 die Zwangsanleihe eingesetzt wird. Natürlich kann auch nicht der Vermögensstand vom 31. Dezember 1922 zugrundegelegt werden. Da es aber an dieser alten Grundlage für die Veranlagung fehlt, wird jetzt erwogen, besondere Vorkehrungen für eine teilweise Vorauszahlung aus Selbstbehalten zu treffen. Um dabei beherrschte Eingehaltung zu erreichen, soll mit Prämien gearbeitet werden, so daß Schnellzahlungen bis 1. Juli d. J. bevorzugte Vorteile bevorzugen würden. Man hofft, durch dieses Verfahren die Finanzämter vor neuen Ueberlastungen zu bewahren und doch gleichzeitig dem Reichsäckel schnell Geld zu gewinnen. Die genauere Durchberatung dieses Vorschlages wird ja wohl das ergeben, ob er besser und praktischer ist, als der von demokratischer Seite angeordnete Ausweg der vorläufigen Eingehaltung auf Grund der Reichsnotopferanleihe. Auf jeden Fall bleibt aber noch die schwierige Frage zu lösen, zu welchem Umrechnungssturz die Goldmilliarden in Papiermilliarden zu ziehen wäre. Es war ursprünglich in Aussicht genommen, daß als Kurs für die Umrechnung der Dollarkurs desjenigen Tages zugrundegelegt werde, an dem die endgültige Einigung über die Zwangsanleihe erreicht ist. Aber gerade das rasche Steigen des Dollars in den letzten Tagen zeigt, wie unzuverlässig die Festsetzung eines solchen Stichtages ist, ganz abgesehen davon, daß eine derartige Fixierung des Verhältnisses zwischen Goldmark und Papiermark als lemeswegs nur für die Zwangsanleihe maßgebend sein, sondern auch eine ganze Reihe anderer finanzieller Folgerziehungen zeitigen würde. Bis jetzt hat sich die Reichsregierung und das Reichsfinanzministerium über diese verdammt Frage noch nicht geeinigt.

Vorläufig liegt die vorbereitende Arbeit noch in den Steuerentscheidungen. Aber selbstverständlich laufen parallel mit ihr bereits Verhandlungen mit den Parteiführern und mit Finanzfachverständigen aus der Entente, der Ausdehnung der Verantwortung für die Beratungen der Steuerentscheidungen, wenn man Ende der Woche mit der Steuerabgabe wirklich fertig werden will. Daß dabei noch manche harte Aufgabe zu finden und manche drohende Klippe zu umschiffen sein wird, ist selbstverständlich. Vaterländischer Optimismus und viel guter Wille auf allen Seiten wird nötig sein, um über den Streit in feuerstürmischen Eingriffen nicht den Blick für die Gesamtwirtschaft und für das Gesamtwohl zu verlieren, ohne den eine finanzielle Gesundung Deutschlands unmöglich ist.

# Landtag.

100. Sitzung.

Berlin 7. März.

## „Und er wirt ihm die Einladung ins Geschäft.“

Die gemeinschaftliche Beratung zur Anwerbe- und Auslieferungsgesetzgebung wird fortgesetzt.  
Abg. Dr. Lieberich (U. S.) begründet seinen Antrag, der den Berliner Polizeibeamten die Annahme der von Spanien ausgesetzten Erlösung für die Bekämpfung der Mörder Dates verbietet.

Es folgen Schlussworte der Abg. Rilian (Komm.) und Schulz (Komm.).

Abg. Schulz erwähnt dabei, daß Präsident Seiner die Angeordneten zu einem Bierabend geladen und um Antwort gebeten habe. Er fährt fort: Die Antwort soll dem Präsidenten werden. Ich werde ihm die Einladung mit Respekt auszusprechen im Geschäft. Redner wird dann satzungsmäßig dem Präsidenten Seiner die schriftliche Einladung zu. Dieser Vorgang wird von der Mehrheit mit stürmischen Entrüstungsbekundungen und Ausrufen: „Wollt Sie gel!“ beileitet.

Der Antrag auf Unterbrechung der Angelegenheit positiver Gefangenener wird an den Reichspräsident übergeben. Die künftigen Anträge werden unter Führung der Kommunisten abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes zur Förderung der Bodenverbesserung. Nach dem Gesetz werden der Regierung 100 Millionen Mark zur Förderung der Bodenverbesserung zur Verfügung gestellt. Der Auszubeholder der Vorlage stimmt mit der Änderung, daß der Betrag auf 300 Millionen Mark erhöht wird. Er verlangt in zwei Gesichtspunkten, daß die für außerordentliche Bodenverbesserungen aufzubewahrenden Kosten vom künftigen Einkommen abzuschießen sein sollen und die ordnungsmäßige Verwendung der zur Bodenverbesserung gewährten Mittel durch eine ausübende Organisation gewährleistet werden soll.

In zweiter und dritter Beratung wird die Vorlage nach dem Ausschussbeschlüssen und mit den Gesichtspunkten angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes zur Einführung der Bezirksauschüsse in Breslau und Liegnitz. Der Gemeindevorstand empfiehlt die Annahme der ursprünglichen Regierungsvorlage entgegen den Beschlüssen in der zweiten Beratung. Nach der Vorlage sollen bis zur Bildung von besonderen Provinzialauschüssen für die Provinz Niederschlesien an der Stelle des Provinzialrates die von Provinziallandtag Niderösterreich gewählten Mitglieder des gemeinschaftlichen Provinzialauschusses der Provinzen Niederschlesien und Oberösterreich sein.

Abg. Dr. Preußner (U. S.) wendet sich gegen die Anträge des Gemeindevorstandes und empfiehlt die Annahme der Beschlüsse zweiter Beratung. Der Reichspräsident hat die Anträge abgelehnt. Ein Regierungsvorsteher tritt in Unterbrechung mit dem Gemeindevorstand für die ursprüngliche Regierungsvorlage ein. Die Vorlage wird gemäß dem Antrag des Gemeindevorstandes in ihrer ursprünglichen Fassung gegen die Stimmen der Deputierten angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Reichsgerichtsgesetzes in den Dienstleistungen des Reichspräsidenten wird dem Beamtenausschuss zur Vorbereitung übergeben.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr. (Ausschreit.)

## Der Reichspräsident in Leipzig.

Der Reichspräsident ist Dienstag Vormittag zum Besuch der diesjährigen Frühjahrsreise in Leipzig eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich die Reichsminister Bauer, Schmidt, Dr. Roeder, Groener und Dr. Radbruch. Nach der Präsident des deutschen Reichstages Dode hatte sich vorher eingefunden. Der sächsische Ministerpräsident Bud war kurz vorher eingetroffen. Am Abend fand im Leipziger Hotel „Graf Schöller“ bereits sein Wirt in Leipzig weil. Um 11 1/2 Uhr fand im Plenarsitzungsraum des Rates eine feierliche Begrüßungsfeier statt, zu der außer den Genannten u. a. der württembergische Staatspräsident Dr. Heber, der bayerische Handelsminister Ham, der badische Finanzminister Dr. Köhler, ferner Reichspräsidenten Haentelken erschienen waren. Oberbürgermeister Dr. Rothe begrüßte im Namen des Reichspräsidenten und der Stadt Leipzig den Reichspräsidenten und die Gäste. Der Direktor des Reichspräsidenten Dr. Köhler schilderte in großen Zügen die ungeheure Entwicklung, die die Leipziger Messe genommen hat. Sie ist die einzige deutsche Messe von wirklich internationaler Bedeutung. Reichswirtschaftsminister Schmidt gab seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß insbesondere die Leipziger Messe dazu beitragen, die internationalen Handelsbeziehungen wieder herzustellen. Der sächsische Ministerpräsident Bud ging in längeren Ausführungen auf die Bedeutung der

## Uebergang des Stadttheaters auf die Freie Volksbühne?

Wir lesen in der Zeitschrift „Kunst und Volk“, den Wärttern der hallischen Freien Volksbühne, folgende etwas befremdliche Notiz:  
Die außerordentliche Hauptversammlung, die sich mit der Zukunft des Stadttheaters und der Volksbühne beschäftigte, fand am 20. Februar im Thalia-Saal statt. Anwesend waren 67 Delegierte. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Julius Ritter, erstattete Herr Borges Bericht über die Stadttheaterfrage. Gemäß einem Beschlusse des Gesamtsitzungs vom 1. Februar 1922 hat der Vorstand dem Magistrat ein Antrag gestellt, gemäht gemacht, für das am 1. September 1922 beginnende Spieljahr alle Wochenabende vorstellungen außer Sonnabends im Stadttheater zu übernehmen. Der Vorsitzende schlug vor, zuerst die Frage zu debattieren, ob ein Durchschnittspreis von 15 Mk. möglich sei. Nach längerer Aussprache, in der ein ordlicher Zufuß von der Stadt gefordert wurde, um den Durchschnittspreis niedriger zu gestalten, wurde der Durchschnittspreis von 15 Mk. unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse im Herbst zugestimmt. Eine größere Debatte entspann sich um die weitere Frage: Einheitspreis (wie jetzt bei den Thalia-Theatervorstellungen) oder Staffellung der Preise. Bei der Staffellung wurde der Einheitspreis mit großer Mehrheit angenommen. Mit dem Schluß der Sitzung am 20. Februar, das darauf zur Verfügung gelangte, erklärte sich die Versammlung mit einem Abbruch einer weiteren Debatte über die Volksbühne abzuschießen. Danach dürften der Volksbühne wesentlich die Vorarbeiten im Stadttheater vorbehalten bleiben. Mit dem Ersuchen des Magistrats um Eintritt eines stimmberechtigten Vertreters in den geschäftsführenden Ausschuss der Volksbühne war die Versammlung in dieser Form nicht einverstanden. Die Versammlung ermächtigte zum Schluß den Vorstand unter Berücksichtigung der gefassten Beschlüsse, mit dem Magistrat auf Grund seines Schreibens vom 20. Februar zu verhandeln und abzuschießen.  
Diese Notiz erregt uns schon insofern befremdlich als die Koronade nicht weiter geht, als der Öffentlichkeit

Leipziger Messe ein, die eine Wertmaß der Welt und ein Handelshaus für die Welt sein solle.

Im Anschluß an die Begrüßung im Rathaus beschäftigten Reichspräsident Ebert, die Reichsminister und die Vertreter der Einzelstaaten unter der Führung des Leiters des Reichsamtes Dr. Köhler zunächst die Wehthaler der inneren Stadt. In den einzelnen Häusern wurden die Gäste von den Ausstellern empfangen und durch die Ausstellungsräume geführt. Die gesamten Industriezweige reich befürchteten Ausstellungen. Die gesamte allseitig den größten Interesse, besonders die vortragende Organisation wurde vom Reichspräsidenten rühmend anerkannt. An die Führung schloß sich ein Frühstück in der Harmonie, an dem neben dem Reichspräsidenten und den Reichsministern über hundert Vertreter der Reichsregierung, der Einzelstaaten und sonstigen Behörden teilnahmen. Um 3 Uhr wurde in Automobilen die Fahrt zum Ausstellungsgelände am Bismarckplatz angetreten, um dort der Leipziger Messe einen Besuch abzustatten.

Am späten Nachmittag besichtigte der Reichspräsident die vom Reich unterhaltene Deutsche Zentralbibliothek für Blinde im Büchlerdenkmal. Abends fand im Zentraltheater ein Essen statt, das von der Zentralstelle der Interessenten der Leipziger Musikmesse zu Ehren der Reichsregierung und der übrigen Gäste veranstaltet wurde.

## Wofür kämpfen wir in der Werbewoche?

Von Otto Nischke, M. d. L.

Keine deutsche Politik ist denkbar, deren Anfang und Ende, Streben und Ziel nicht wäre: Los vom Versailleser Gewaltvertrag! Die Deutsche demokratische Partei hat diesen Vertrag vom Tage ihres Bestehens an bekämpft, sie hat ihn in der Nationalversammlung abgelehnt, ihre Mitglieder und Führer haben alle ihre weltpolitischen Beziehungen, ihre internationalen Ansehen und ihre geistigen Kräfte eingesetzt, um die Welt von dem unerbittlichen Unrecht der neueren Weltgeschichte zu befreien.

Niemand in Deutschland hat größeren Anteil an dem großen Umbenennungsprozeß der Welt über die Unmöglichkeit, Ungerechtigkeit und Schändlichkeit des Vertragswortes als die demokratischen Staatsmänner! Niemand außer den demokratischen Parteien vermag Wege aufzuzeigen die uns aus den gegenwärtigen Zuständen herausführen. Der nicht fiktional ist oder sozialistisch denkt und doch für die Revision der Friedensverträge eintritt, der muß zur Deutschen demokratischen Partei gehören. Sie allein bekämpft sich zu jenen Grundbitten, die in absehbarer Zeit eine Revision herbeiführen werden. Wer als Partei nicht offen und klar für das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker eintritt, vermag nicht im Weltkrieg, das Selbstbestimmungsrecht für das eigene Volk mit gültiger Legitimation zu vertreten. Indem die Deutsche demokratische Partei das tut, kämpft sie

für die territoriale Revision der Friedensverträge, für Großdeutschland, für die Gleichberechtigung der deutschen Kultur in der ganzen Welt!

Demokratie im Innern, das ist nicht Gleichmacherei, sondern Schaffung gleicher Voraussetzungen für alle Volksgenossen, alle Förderung des Volkes durch die stärksten Persönlichkeiten mit ausreißender Einwilligung der Geführten. Demokratie nach außen, das ist nicht Wachsen in einem formalpolitischen Weltstreit, sondern friedlicher Wettbewerb und gleichberechtigtes Wirken der Kulturvölker auf der sicheren Grundlage des Rechts und der Gleichberechtigung. Nicht Verletzung, sondern Vertiefung der eigenen Kultur im wechselseitigen wirtschaftlichen und geistigen Gütertausch mit den alten und neuen Kulturvölkern der Erde.

Deutsche Demokraten, laßt uns Jünger und Jüngerinnen werden für die große nationale und internationale Mission, die unserer Partei durch das Schicksal und die bestehenden Verhältnisse gestellt ist. Der Wiederaufbau der Welt wird die Aufgabe der wahren Demokraten aller Länder sein. Der „Nationalismus“ kann diese Aufgabe nur hemmen, der Sozialismus zerstört den Nationalitätenkampf nur durch den Klassenkampf. Die Welt kann nur durch ehrliche, aufrechte Demokratie gerettet werden. Eine harte deutsche Demokratie führt uns nicht nur die Führung in dieser Weltmission, sondern auch die Wiedergeburt des Vaterlandes in den Kreis der gleichberechtigten Völker!

bisher bekannt war. Auf gut deutsch: Die Freie Volksbühne will das Stadttheater übernehmen und der Magistrat scheint diesen Wunsch — wenn auch in vermindertem Umfang — zuzustimmen. Wir halten die Freie Volksbühne für einen außerordentlich gesegneten Faktor im Kunstleben unserer Stadt und auch in der Frage der Weiterbildung der Volksmassen. Wir haben das Wirken der Freien Volksbühne verschiedentlich gerühmt und vorbildlich genannt. Es ist eine Freude, zu sehen, wie das Interesse für die Aufzucht der Kunst, für die Förderung der Vorkstellungen, der Anteilnahme Frauen und Männer der Bevölkerung verfolgen, wie gute Leute das Theater besuchen, die früher ihre Privatvergnügen in allem anderen anlegten als in Theaterbesuchen. Das eine scheint festzuhalten: Das Stadttheater reicht für die Freie Volksbühne nicht mehr aus. Da eine andere Bühne nicht zur Verfügung steht, war es selbstverständlich, daß sich die Volksbühne um das Stadttheater bemühte. Bekanntlich ist der Besuch des Stadttheaters äußerst schwach. Die beiden Institute mußten sich begegnen. Das Ausmaß insofern scheint uns bedeutend über das Ziel hinauszuhängen. Die Freie Volksbühne wünscht nun möge ihr das Stadttheater an fünf Abenden der Woche überlassen. Am Sonnabend u. Sonntag dagegen lände dann das Stadttheater der Intendant zur Verfügung. Was soll die Intendant an diesen beiden Abenden spielen? Erliebene Literatur der Romantiker, für die die heute Waise kein Verständnis hat? Moderne Opern, zu denen das breite Publikum noch nicht errogen ist? Sie wird sich schwer hüten. Aus wirtschaftlichen Gründen wäre sie gezwungen, an diesen beiden Abenden „Mignon“, „Martha“, Das Dreimäderlhaus“, Die Försterrin und Verfalls zu geben. Und die Volksbühne, die naturgemäß nicht jede Gattung im Schauspiel und in der Oper spielen kann, wird gleichfalls auf die Halle bisher ein Recht zu haben glauben. Ein fast rühmlicher Uebergang des Stadttheaters in die Hände der Freien Volksbühne würde künstlerisch jedenfalls keinen Gewinn bedeuten.

Des weitern verzesse die Freie Volksbühne nicht, daß ihre Hauptzwecksetzung darauf beruht, daß der Eintritt bisher außer billig war. Die Führung des Stadttheaters und die Zuschüsse der Stadt ermöglichten diese niedrigen Eintrittspreise. Will die Freie Volksbühne nun ihre Basis so

## Ein Gesetz für die Wartegedempänger.

Auf der Tagesordnung des Reichstages am nächsten Donnerstag steht als erster Punkt die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über die Vernehmung der Wartegedempänger. Es handelt sich um rund 11 000 Beamte, die infolge der Rückbildung mehrerer Klassenstellen nach dem Versailleser Friedensabstand und durch die Rückkehr der entlassenen Beamten Wartegedempängerlos geworden sind und die zunächst mit drei Vierteln ihres bisherigen Dienstlohns zusammen auf Wartegedempänger gestellt werden müssen. Sie sollen jetzt im eigenen Interesse und im Interesse der Reichsfinanzen wieder möglichst vollständig zu Dienstleistungen für eine öffentliche Verwaltung herangezogen werden. Dazu ist aber notwendig, daß einige Bestimmungen aus den bestehenden Beamtengesetzen bezüglich der Wartegedempänger beseitigt oder geändert werden. Infolgedessen erndet der neue Gesetzentwurf an, daß die Wartegedempänger bei Verlust des Wartegeldes zur Annahme jedes planmäßigen Amtes sowie jeder mindere einjährigen Beschäftigung im Reichsdienst verpflichtet sind, sofern ihnen die ausübende Beschäftigung unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten und bisherigen Verhältnisse billigerweise zugemutet werden kann. Derselben Grundzüge sollen auch Platz greifen, wenn die Wartegedempänger in den Dienst der Länder oder Gemeinden treten, denen das Reich etwa entstehende Mehraufwendungen erlegen will. Auf die Länder ist dadurch ein Druck ausgeübt werden, daß das Gesetz sie verpflichtet, nach einem bestimmten zu vereinbarenden Schluß einen Teil der Wartegedempänger zu übernehmen. Der Reichstag hat diese Vorchrift getilgt, die Regierung aber hat sie trotzdem wieder aufgenommen.

## Rapp-Jagow.

(Eigene Drahtmeldung.)

Ueber den Einfluß, den die Selbststellung Rapps auf das Schicksal Herrn v. Jagows ausüben könnte, macht der Reichstags-Abgeordnete Jagow in einem Briefe an den Reichspräsidenten geltend. Durch die Auslassung Rapps vor Gericht würde sich jedenfalls der Nachweis führen lassen, ob Herr v. Jagow bei der Märgereigenschaft eine führende Rolle gespielt hat oder nicht. Herr v. Jagow hat bekanntlich vor dem Reichsgericht auf das Entschiedenste erklärt, daß er sich als Führer nicht betätigt habe. Betätigt Rapp wieder und ergibt sich aus der Verhandlung gegen Rapp, daß Herr v. Jagow nur die ihm übertragenen Befehle ausführte, so müßte auf Herrn v. Jagow die Annahme Anwendung finden. Auch das Wiederaufnahmeverfahren wäre durch eine derartige Aussage Rapps begründet.

## Späte Erkenntnis.

In der literarischen Rundschau der „Deutschen Tageszeitung“ vom 6. ds. Wts. lesen wir in einer Besprechung des 4. Bandes der „Geschichte des Arleges“ von Hermann Stegmann das Folgende: „Leider hat man uns in Kriege wie kleine Kinder dauernd mit Süßreiß gepeilt, statt uns die Wahrheit zu sagen. Wäre die Wahrheit schon gleich nach der Varnhagenschen dem deutschen Volk bekannt gegeben worden, Tag für Tag, schlicht aber unarmbar, so würden wir nicht immer geglaubt haben, alles fände vortrefflich und müsse immer Gang zum Ziele gehen.“

Diese Ausführungen, die ihrem Sinne nach nichts anderes bedeuten als das Herr von Heybranden zugedehnte Wort: „Wir sind belogen und betrogen worden“, verurteilt mit Recht die Art, wie die D. S. Z. dem deutschen Volk die Wahrheit vorenthalten und verheimlicht hat. Es ist er zu früh, daß nun endlich auch die Presse der Rechten zu dieser Erkenntnis kommt.

## Die Militärkontrolle Deutschlands.

Wie der „Welt-Korrespondent“ mitteilt, wird über die Frage der Militärkontrolle weiter zwischen den allierten Regierungen verhandelt. In der Sitzung der Reichsministerkonferenz vom Sonnabend scheint ein Kompromiß zustande gekommen zu sein. England scheint dabei man darauf verzichtet, die Frage der künftigen Kontrolle mit der Frage der Zurückführung der militärischen Funktionen zu verbinden. Auf französischer Seite heißt man ebenfalls, daß die Verlängerung der Kontrolle, und zwar der militärischen, maritimen und Luftkontrolle geprüft (!) werde. Jedoch sei die

erheblich erweitern, wie dies aus der obigen Notiz hervorgeht, so müßten die Eintrittspreise derart in die Höhe schnellen, daß sich nicht beim besten Willen ein großer Teil der bisherigen Freunde der Freien Volksbühne zurückziehen würde. Fünfzehn Mark für ein Theaterbillet ist für die heutigen Verhältnisse durchaus nicht viel. Wir glauben nicht, daß man mit 15 Mark auskommen wird, wenn die Stadt nicht ganz erhebliche Zuschüsse leisten wird. Aber selbst bei diesem Preis von 15 Mark — wir sind überzeugt davon — wird die Freie Volksbühne mehr zusammenzukämpfen, als sie glaubt. Wir halten uns für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß man unserer Ansicht nach einen falschen Weg zu beschreiten im Begriffe ist. M. F.

## Die Macht der Finsternis.

Aufführung in der Freien Volksbühne

Auch Tolstois „Macht der Finsternis“ mußte in der Freien Volksbühne einmal gespielt werden. Der Gipfel des naturalistischen Dramas. Die Bilder aus den Tiefen des Menschentums erschüttern und mahnen, weil sie ohne Pathos und ohne Moralpredigt und ohne Uebertreibung gegeben, zusammengefaßt werden.

Wenn die Tragödie gelten nicht so erfüllter, wie man sie gebadht hätte, wenn tierische Taten Jago belacht wurden, so lag das an der Aufführung. Die Einzeldarsteller gaben ihr Bestes, auch die Regie — Eugen Teufel — hatte in Details gut und feingebildet gearbeitet. Aber die Schicksalheit und die Selbstverleumdung der Szenen taut nicht zur Geltung. Die Handlung war unübersichtlich, weil die Darstellung naturalistischer sein wollte als das Drama und weil man unter unterfanden wurde; namentlich Hermann Ziegler konnte sich darin nicht genug tun. Paula Zhetets Anstia war die laßgemächliche Gestalt des Abends. Mittels in ihrer tragischen Weltlichkeit. Auch in der Weltanschauung, Charlotte Johans Alina, Emil Beegers Alin und Liebmans alten Anst als Sage, die auf ein reiches künstlerisches Mitfühlen schließen lassen. In der Darstellung der Bilder zeigte sich Teufel als Regisseur von feinem Verständnis für den Dichter. M. F.



**Theater in Halle.**  
**Stadt-Theater**  
 Mittwoch, den 8. März  
 Nichtöffentl. Vorstellung.  
 Donnerstag, 4. 9. März  
 Auf. 7<sup>h</sup>, Ed. n. 10 Uhr  
**Mignon**

**Operetten-Theater**  
 Alleabendlich 7<sup>h</sup> Uhr:  
**Der Traum dem Glück**  
 Operette i. 3 Ak. v. Koopf  
**Pletzer - Will Schm.**  
 Kasse ab 1/10 Tel. 6183  
 ununterbrochen geöffnet

**Auswärtige Theater**  
 Donnerstag, 4. 9. März

**Leipzig**  
 Neues Theater  
 7<sup>h</sup> Die Zaubertüte  
 Altes Theater  
 8<sup>h</sup> Die Südkare  
 Der Schachlinsenker  
 Der Bär  
 Neues Operetten-Theater  
 8<sup>h</sup> Die blaue Marz

**Magdeburg**  
 Stadt-Theater  
 7<sup>h</sup> Meister Guido  
 Wilhelm-Theater  
 7<sup>h</sup> Myrrha

**Erlurt**  
 Stadt-Theater  
 7<sup>h</sup> Die Ballerina des Königs

**Weimar**  
 Deutsches National-Theater  
 7<sup>h</sup> Die Entführung aus dem Serail

Mozartsaal.  
 Heute Mittwoch, den 8. März, abends 8 Uhr  
**Letzter Vortragsabend**  
 von  
**Max Kröning**  
 „Seelische Heilungsmöglichkeiten.“  
 Kröning, Besitzer des Senatoriums in Bad Homburg, heilte nach seiner Methode in vielen Fällen Gelähmte, Summe Stotterer, seelisch Erkrankte, besessigte nervöse Störungen und Beschwerden usw.  
 Karten zu 10,-, 7,- u. 5,- und Steuer bei Albert Manthey, Gr. Ulrichstr. 12.

**Serien-Preis-Skaten**  
 im Hansa-Hotel  
 am Riebeckplatz, neben Operetten-Theater  
**Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag**  
 vom 9. bis einschließlich 13. 3. 22  
 Jeden Tag zwei Serien 1/4 und 1/8 Uhr.  
 Einzelsk. 10 Mk. Präsenz Mk. 1000, 800, 600, 400 usw.

**Wratzkeu. Steiger,** Hotellieferant  
 Juwelen Gold Silber.  
 Pos str. 9-10.

**Waldsanatorium**  
**Schwarzsch**  
 in Bad Blankenburg  
 Thüringen  
 Prof. Dr. med. Dr. med. Dr. med.  
 Prof. Dr. med. Dr. med. Dr. med.  
 Prof. Dr. med. Dr. med. Dr. med.

**Vorschubbank**  
**Schafstaedt A.-G.**  
 Einladung zur ordentlichen Generalversammlung auf Freitag, den 31. März d. J., nachm. 3 Uhr im Gasthof zum gold. Löwen zu Schafstaedt.  
 Tagesordnung:  
 1. Vorlegung des Geschäftsberichts für 1921.  
 2. Genehmigung der Bilanz u. Feststellung der Dividende.  
 3. Antrag auf Entlastung des Vorstandes u. Aufsichtsrates.  
 4. Übertragung von Aktien.  
 Zweck: Ausübung des Stimmrechts sind die Aktien bis zum 28. März d. J. bei der Vorschubbank Schafstaedt A.-G. in Schafstaedt zu hinterlegen.  
**Vorschubbank Schafstaedt A.-G.**  
 Berger, Seydel.

**Havelland**  
 Idyllische Lage an Wald und Wasser.  
 Erwachsene und Kinder werden auch zur Erholung aufgenommen.  
**Hoffbauer-Stiftung, Potsdam-Hermannswerder 113.**

Sonnabend, den 11. März, 7<sup>h</sup> Uhr.  
 Mozartsaal  
**Deutsche Balladen**  
**RUTH THORIN**  
 B. v. Münchhausen, Graf Strachwitz, F. Fouqué, J. v. Eichendorff, S. Klotzsch, M. Geisler, W. Bloem u. a.  
 Karten Mk. 4.60 bis 11.80 bei H o t h a n.

**N.D.L.**  
**NORDEUTSCHER LLOYD BREMEN**  
**Seereisen**  
 NACH NORD- U. SÜD =  
**AMERIKA**  
 in  
**Dritter Klasse**  
 mit eigenen modernen ein- gerichteten Dampfern  
 Vertreter in Halle: Lloyd - Reisebüro L. Schönlicht, Poststr. (Stadt Hamburg).

**American Line.**  
 Regelmässige Passagier- und Frachtdampfer  
**Hamburg-New York**  
 Passagierdampfer:  
 „Minnekahda“ . . . . . 25. März  
 „Haverford“ . . . . . 8. April  
 „Manchuria“ . . . . . 15. April  
 „Minnekahda“ . . . . . 29. April  
 „Mongolia“ . . . . . 13. Mai  
 „Manchuria“ . . . . . 20. Mai  
 Frachtdampfer  
**Hamburg-Baltimore**  
**Hamburg-Boston**  
**Hamburg-Philadelphia**  
 Ankünfte erteilen: **HAMBURG,**  
**American Line, Börsenbrücke 2.**  
 Telegramme: Nacirema Hamburg. Fernsprecher: Merkur 2691, 2892, 2893.

**BRESLAUER MESSE**  
 19-23. MÄRZ 1922

**KÖNIGL. HOLLÄNDISCHER LLOYD**  
  
 PASSAGIER-, POST- UND FRACHTDIENST  
 VON AMSTERDAM NACH  
**SUD-AMERIKA**  
 PERNAMBUCO, BAHIA RIO DE JANEIRO, SANTOS MONTEVIDEO, BUENOS AIRES  
 NÄHERE AUSKUNFTE DURCH  
**Bahnspediteure Zillmann & Lorenz**  
 Dellitzscherstrasse 6 c.

**Garantiert rein**  
**Weberjee-Tabak**  
 in 1/2 oder 1/4 Pfd.-Pack. Mittelschicht, auch für kurze Pfeife geeignet, aus allen Ländern, solange Vorrat reicht.  
**pro Pfd. Mark 25.-**  
 exkl. Porto, Verpackung von 18 Pfund an franko mit exkl. 1/2 Transportversicherung gegen Nachnahme aber Vorkasse notwendig. Bei Aufgabe von Retenzen 4 Wochen Zeit.  
**Paul Schroeder, Caffel**  
 Schönfelder Str. 41.  
 Gegründet 1913.  
 Vorkasse-Konto 82544 Frankfurt.

**Der Zervo**  
 spart 20-30% Benzin bei höherer Leistung des Motors.  
**„Zervo“-Vertriebs-Kommandit-Gesellschaft von Raffey,**  
 Hamburg, Königsstr. 51.

Ich suche für die Thüringer Staaten für mein erst kürzlich eingerichtetes Grundstücks- und Hypotheknbüro mit besten Verbindungen ein gewisses gegenseitiger Zuverlässigkeit und Abschluss von Akten  
**E. König,** Grundbesitzer und Hypothekenspekulant, Eleganz L. Sch., Poststr. 1.

**Fischzucht Göttschau** Fischenzucht Göttschau bei Haynau, Schleien, gibt ab in bekannter Güte  
**Satz- u. Laichfische** von Karpfen und Schleien v. Debschitz.  
 bei Haynau in Schleien

**Bereifungen für**  
**Fahrräder, Motor-Zweiräder u. Automobile**  
**Jean Weber, Berlin N. 24, Strasse 89**  
 Gute und preiswerte Bedienung wird zugesichert.

**10000 Mark Belohnung**  
 bezahle ich nicht, aber dafür noch nie dagewesene Preise deshalb verkaufen Sie sofort.  
 Ich zahle für:  
 Papierabfälle Kilo 1.60 Mk.  
 Zeitungen gebündelt „ 2.80 „  
 Bücher „ 2.50 „  
 Saugzeug . Kilo 1,00 Mk. Lampen . . Kilo 2,00 Mk.  
 Schmiedeeisen „ 1,80 Mk. Knochen . . . 1,20 Mk.  
 Strumpfwolle „ 10,00 Mk. Gußeisen . . . 2,20 Mk.  
 Ofenguß . . . 1,80 Mk.  
**für Metalle extra höchste Preise.**  
 nur Triftstrasse 24 **Theuring** nur gr. Brunnenstr.  
 Augustastr 17, Hof. Augustastr. 17, Hof.  
 Telefon : 5659, 4363.

**Metall-Technik**  
 Central-Anzeiger und Fachschrift für Metallgewerbe u. Metallbearbeitung 47. Jahrgang  
**Halle a. d. S.**  
 Betriebs-Gebäude: Gr. Brauhausstrasse 17.  
 Führendes Fachblatt u. Werbeorgan für die Gießerei-, Maschinen- und Metallbearbeitungs-Branchen.  
 Verbreitung an garantiert 100 000 in- und ausländische Firmen der beteiligten Industrien.  
 Bezugspreis M. 6.- vierteljährlich.  
 Anzeigenpreis M. 0,75 für die 5 Spaltenzeile (40 mm breite) Millimeterzeile Probe-Nummern kostenfrei.

**Unterrichts-Anzeigen**  
**Buchführung.** Kaufmänn. Privatschulen Wihl. Baer, Geiststr. 41. H. Dittenberger, Handelstrasse 6.  
**Chemieschule für Damen.** Dr. S. Gärtner, Mühlweg 29  
**Fremde Sprachen** Kaufmänn. Privatschulen Wihl. Baer, Geiststr. 41.  
**Schreibmaschine** Kaufmänn. Privatschulen Wihl. Baer, Geiststr. 41. H. Dittenberger, Handelstrasse 6.  
**Stenographie.** Kaufmänn. Privatschulen Wihl. Baer, Geiststr. 41. H. Dittenberger, Handelstrasse 6.